Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1188**
15. Wahlperiode 23. 06. 2003

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Zusatzabkommen vom 5. November 2002 zum Abkommen vom 11. April 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und zur Regelung verschiedener anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern

A. Problem und Ziel

Die Regelung für die Besteuerung der Grenzgänger im deutsch-belgischen Verhältnis aus dem Jahre 1967, die dem Wohnsitzstaat des Grenzgängers das Besteuerungsrecht zuweist, führt inzwischen zu einer unausgewogenen Belastung der zwischen den beiden Staaten pendelnden Arbeitnehmer. Sie ist den veränderten Verhältnissen anzupassen.

B. Lösung

Durch das Zusatzabkommen vom 5. November 2002 wird das Besteuerungsrecht dem Staat zugewiesen, auf dessen Gebiet der Grenzgänger seine Tätigkeit ausübt. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Zusatzabkommen die Zustimmung der Gesetzgebungskörperschaften erlangen, die Voraussetzung für die im Abkommen vorgesehene Ratifikation zu dessen Inkraftsetzung ist.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Während eines Zeitraums von sechs Jahren, beginnend mit dem Jahr der ersten Anwendung des Zusatzabkommens, zahlt Deutschland an Belgien jährlich einen Betrag in Höhe von 18 Millionen Euro als Ausgleich für die in Belgien durch die Neuregelung wegfallenden Steuereinnahmen. Dem stehen entsprechende Mehreinnahmen durch das dann Deutschland zustehende Besteuerungsrecht gegenüber.

2. Vollzugsaufwand

Aufgrund der Zuweisung des Besteuerungsrechts für die Arbeitseinkünfte der zahlreichen einpendelnden Arbeitnehmer an Deutschland entsteht zusätzlicher Verwaltungsaufwand im Steuerfestsetzungsverfahren. Der Wegfall der Steuerfestsetzungen für die nach Belgien auspendelnden und künftig dort zu besteuernden Arbeitnehmer fällt wegen ihrer geringen Zahl nicht ins Gewicht.

E. Sonstige Kosten

Keine

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 20. Juni 2003

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Wolfgang Thierse
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Zusatzabkommen vom 5. November 2002 zum Abkommen vom 11. April 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien zu Vermeidung der Doppelbesteuerungen und zur Regelung verschiedener anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 789. Sitzung am 20. Juni 2003 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Schröder

Entwurf

Gesetz zu dem Zusatzabkommen vom 5. November 2002 zum Abkommen vom 11. April 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und zur Regelung verschiedener anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Brüssel am 5. November 2002 unterzeichneten Zusatzabkommen zum Abkommen vom 11. April 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und zur Regelung verschiedener anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern sowie zum dazugehörigen Schlussprotokoll (BGBl. 1969 II S. 17) wird zugestimmt. Das Zusatzabkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Den in Artikel 3 des Zusatzabkommens festgelegten Ausgleichsbetrag von 18 Millionen Euro entrichtet der Bund am 30. Juni des jeweiligen Jahres aus dem Aufkommen der Lohnsteuer. Der auf diesen Betrag entsprechend der Beteiligung am Aufkommen der Lohnsteuer entfallende Gesamtanteil der Länder und Gemeinden wird von dem Land Nordrhein-Westfalen in Höhe eines Anteils von 95 Prozent und von dem Land Rheinland-Pfalz in Höhe eines Anteils von fünf Prozent getragen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Zusatzabkommen nach seinem Artikel 5 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Zusatzabkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den vom Zusatzabkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zusteht.

Zu Artikel 2

Artikel 2 regelt Einzelheiten im Hinblick auf die Zahlungsverpflichtung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 3 des Zusatzabkommens. Nach Satz 1 wird der jährliche Ausgleichsbetrag von 18 Milionen Euro vom Bund an Belgien gezahlt. Zahlungstermin ist die jeweilige Jahresmitte – der 30. Juni. Die Zahlung des Bundes erfolgt aus dem Aufkommen der Lohnsteuer, da dort die infolge der Rechtsänderung nach Artikel 1 des Zusatzabkommens zu erwartenden Mehreinnahmen anfallen.

Satz 2 regelt zunächst die vertikale Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Dieses Beteiligungsverhältnis ergibt sich aus den jeweiligen Anteilen der Bundes-, Landes- und Kommunalebene am Aufkommen der Lohnsteuer. Die sich daran anschließende horizontale Aufteilung des Länder- und Gemeindeanteils an dem Ausgleichsbetrag erfolgt entsprechend den Länderanteilen an den zu erwartenden Mehreinnahmen. Betroffen sind lediglich die Länder Nordrhein-Westfalen mit einem geschätzten Anteil in Höhe von 95 Prozent und Rheinland-Pfalz mit einem geschätzten Anteil in Höhe von fünf Prozent.

Die von diesen beiden Ländern zu leistenden Teilbeträge des Ausgleichsbetrags müssen in die Bemessungsgrundlage des Länderfinanzausgleichs – als negative Einnahmen – ebenso einbezogen werden wie die durch die Rechtsänderung bedingten Mehreinnahmen. Erst auf diese Weise kann das gewünschte Ziel erreicht werden, die finanziellen Auswirkungen des Zusatzaufkommens für alle Gebietskörperschaften über den Zeitraum von sechs Jahren aufkommensneutral zu halten.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Zusatzabkommen in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Durch Zuweisung des Besteuerungsrechts der von den Grenzgängern erzielten Arbeitseinkünfte an den Tätigkeitsstaat ergibt sich wegen der ganz überwiegend von Belgien nach Deutschland einpendelnden Arbeitnehmer mit dem Wirksamwerden des Zusatzabkommens für den deutschen Fiskus zusätzliches Steueraufkommen. Für die belgische Seite entstehen entsprechende Aufkommensverluste. Diese sollen während eines Übergangszeitraums von sechs Jahren durch entsprechende deutsche Zahlungen ausgeglichen werden. Danach steht der Aufkommenszuwachs ungeschmälert Deutschland zu.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten.

Zusatzabkommen zum Abkommen vom 11. April 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und zur Regelung verschiedener anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern sowie zum dazugehörigen Schlussprotokoll

Convention Additionnelle à la Convention du 11 Avril 1967 entre la République Féderale d'Allemagne et le Royaume de Belgique en vue d'éviter les doubles impositions et de régler certaines autres questions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, y compris la contribution des patentes et les impôts fonciers, et à son Protocole final

Aanvullende Overeenskomst bij de Overeenkomst van 11 April 1967 tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk België tot voorkoming van dubbele belasting en tot regeling van sommige andere aangelegenheden inzake belastingen van inkomen en van vermogen, met inbegrip van de ondernemingsbelasting en de grondbelastingen, en bij diens slotprotocol

Die Bundesrepublik Deutschland

und

das Königreich Belgien –

in dem Wunsch, ein Zusatzabkommen zum Abkommen vom 11. April 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und zur Regelung verschiedener anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern sowie des dazugehörigen Schlussprotokolls (im Folgenden als „Abkommen“ und als „Schlussprotokoll“ bezeichnet) zu schließen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Artikel 15 Absatz 3 des Abkommens wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt:

La République fédérale d'Allemagne

et

le Royaume de Belgique,

Désireux de conclure une Convention additionnelle à la Convention du 11 avril 1967 entre la République Fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique en vue d'éviter les doubles impositions et de régler certaines autres questions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, y compris la contribution des patentes et les impôts fonciers et à son Protocole final (ci-après dénommés «la Convention» et «le Protocole final»),

Sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1

L'article 15, paragraphe 3 de la Convention est supprimé et remplacé par la disposition suivante:

De Bondsrepubliek Duitsland

en

het Koninkrijk België,

wensende een Aanvullende Overeenkomst te sluiten bij de Overeenkomst van 11 april 1967 tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk België tot voorkoming van dubbele belasting en tot regeling van sommige andere aangelegenheden inzake belastingen van inkomen en van vermogen, met inbegrip van de ondernemingsbelasting en de grondbelastingen, en bij diens Slotprotocol (hierna te noemen “de Overeenkomst” en “het Slotprotocol”),

zijn het volgende overeengekomen:

Artikel 1

Artikel 15, paragraaf 3 van de Overeenkomst wordt opgeheven en vervangen door de volgende bepaling:

(3) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 gelten Vergütungen für eine an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges im internationalen Verkehr oder an Bord eines Schiffes im Binnenverkehr ausgeübte unselbständige Arbeit als Vergütungen für eine Tätigkeit, die in dem Vertragsstaat ausgeübt wird, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet; sie können in diesem Staat besteuert werden.

(3) Par dérogation aux paragraphes 1 et 2, les rémunérations au titre d'un emploi salarié exercé à bord d'un navire ou d'un aéronef exploité en trafic international, ou à bord d'un bateau servant à la navigation intérieure, sont considérées comme se rapportant à une activité exercée dans l'Etat contractant où est situé le siège de la direction effective de l'entreprise et sont imposables dans cet Etat.

(3) In afwijking van de paragrafen 1 en 2, worden beloningen ter zake van een dienstbetrekking uitgeoefend aan boord van een schip of een luchtvaartuig in internationaal verkeer, of aan boord van een schip in de binnenvaart, geacht betrekking te hebben op werkzaamheden uitgeoefend in de overeenkomstsluitende Staat waar de plaats van de werkelijke leiding van de onderneming is gelegen en zijn ze in die Staat belastbaar.

Artikel 2

Punkt 11 des Schlussprotokolls wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

Zu Artikel 23

1. Ungeachtet des Artikels 23 Absatz 2 Nummer 1 berücksichtigt Belgien die in den Artikeln 15 und 19 genannten Einkünfte, die in Belgien nach Artikel 23 Absatz 2 Nummer 1 von der Steuer befreit sind, bei der Festsetzung der von den belgischen Gemeinden und Agglomerationen erhobenen Zusatzsteuer zur Einkommensteuer der natürlichen Personen. Diese Zusatzsteuer wird auf der Grundlage der Steuer berechnet, die in Belgien zu zahlen wäre, wenn die betreffenden Einkünfte aus Belgien stammten.
2. Die in der Bundesrepublik Deutschland auf die in der vorstehenden Ziffer 1 genannten Einkünfte erhobene Steuer wird um einen Betrag in Höhe von 8 vom Hundert dieser Steuer gemindert.

Article 2

Le point 11 du Protocole final est supprimé et remplacé par les dispositions suivantes:

Ad Article 23:

1. Nonobstant l'article 23, paragraphe 2, 1°, la Belgique tient compte des revenus visés aux articles 15 et 19 qui sont exemptés en Belgique conformément à l'article 23, paragraphe 2, 1°, pour déterminer la taxe additionnelle à l'impôt des personnes physiques établie par les communes et les agglomérations belges. Cette taxe additionnelle est calculée sur l'impôt qui serait dû en Belgique si les revenus en question étaient des revenus de source belge.
2. L'impôt perçu en République fédérale d'Allemagne sur les revenus visés au 1. ci-avant est diminué d'un montant correspondant à 8 pour cent de cet impôt.

Artikel 2

Punt 11 van het Slotprotocol wordt opgeheven en vervangen door de volgende bepalingen:

Ad artikel 23:

1. Niettegenstaande artikel 23, paragraaf 2, 1°, houdt België rekening met de in de artikelen 15 en 19 bedoelde inkomsten die in België zijn vrijgesteld overeenkomstig artikel 23, paragraaf 2, 1°, om de aanvullende belasting op de personenbelasting vast te stellen die door de Belgische gemeenten en agglomeraties wordt geheven. Die aanvullende belasting wordt berekend op de belasting die in België verschuldigd zou zijn indien de inkomsten in kwestie inkomsten uit Belgische bronnen waren.
2. De belasting die in de Bondsrepubliek Duitsland wordt geheven van de in 1. hierboven vermelde inkomsten, wordt verminderd met een bedrag dat gelijk is aan 8 percent van die belasting.

Artikel 3

Zum Ausgleich der Haushaltsmindereinnahmen, die dem Königreich Belgien durch die Änderung des Artikels 15 Absatz 3 des Abkommens entstehen, zahlt die Bundesrepublik Deutschland an das Königreich Belgien ab dem unmittelbar auf das Inkrafttreten dieses Zusatzabkommens folgenden Jahr sechs Jahre lang eine finanzielle Entschädigung in Höhe von jährlich 18 Millionen Euro.

Article 3

Une compensation financière de 18 millions d'Euros par an visant à amortir la perte budgétaire qui résulte pour le Royaume de Belgique de la modification de l'article 15, paragraphe 3 de la Convention, sera versée au Royaume de Belgique par la République fédérale d'Allemagne pendant 6 années à partir de l'année qui suit immédiatement celle de l'entrée en vigueur de la présente Convention additionnelle.

Artikel 3

Een financiële compensatie van 18 miljoen euro per jaar tot delging van het budgettair verlies dat voor het Koninkrijk België voortvloeit uit de wijziging van artikel 15, paragraaf 3 van de Overeenkomst zal door de Bondsrepubliek Duitsland aan het Koninkrijk België worden betaald gedurende 6 jaren vanaf het jaar dat onmiddellijk volgt op dat van de inwerkingtreding van deze Aanvullende Overeenkomst.

Artikel 4

Die Bundesrepublik Deutschland lässt dieses Zusatzabkommen nach seinem Inkrafttreten unverzüglich gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen beim Sekretariat der Vereinten Nationen registrieren. Das Königreich Belgien wird unter Angabe der Registrierungsnummer der Vereinten Nationen über diese Registrierung unterrichtet, sobald das Sekretariat der Vereinten Nationen sie bestätigt hat.

Article 4

La République fédérale d'Allemagne fera enregistrer sans délai, dès son entrée en vigueur, la présente Convention additionnelle par le Secrétariat des Nations Unies conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies. Le Royaume de Belgique sera informé de cet enregistrement, avec indication du numéro d'enregistrement des Nations Unies, dès que le Secrétariat des Nations Unies l'aura confirmé.

Artikel 4

De Bondsrepubliek Duitsland zal deze Aanvullende Overeenkomst zonder verwijl na de inwerkingtreding ervan, laten registreren door het Secretariaat van de Verenigde Naties overeenkomstig Artikel 102 van het Handvest der Verenigde Naties. Het Koninkrijk België zal van deze registratie in kennis worden gesteld, met vermelding van het registratienummer van de Verenigde Naties, zodra het Secretariaat van de Verenigde Naties die registratie zal hebben bevestigd.

Artikel 5

(1) Dieses Zusatzabkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

Article 5

(1) La présente Convention additionnelle sera ratifiée; les instruments de ratification seront échangés aussitôt que possible.

Artikel 5

(1) Deze Aanvullende Overeenkomst zal worden bekrachtigd; de akten van bekrachtiging zullen zo spoedig mogelijk worden uitgewisseld.

(2) Dieses Zusatzabkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Es findet Anwendung auf die Steuern, die auf Einkünfte entfallen, die ab dem 1. Januar des auf das Jahr seines Inkrafttretens folgenden Jahres gezahlt oder zugerechnet werden.

(3) Dieses Zusatzabkommen bleibt so lange in Kraft wie das Abkommen.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Zusatzabkommen unterschrieben.

Geschehen zu Brüssel am 5. November 2002 in zwei Urschriften, jede in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(2) La présente Convention additionnelle entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Elle s'appliquera aux impôts dus sur les revenus payés ou attribués à partir du 1er janvier de l'année suivant celle de son entrée en vigueur.

(3) La présente Convention additionnelle restera en vigueur aussi longtemps que la Convention sera en vigueur.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention additionnelle.

Fait à Bruxelles, le 5 novembre 2002, en double exemplaire, en langues allemande, française et néerlandaise, les trois textes faisant également foi.

(2) Deze Aanvullende Overeenkomst zal in werking treden één maand na de uitwisseling van de akten van bekrachtiging. Deze zal van toepassing zijn op de belastingen verschuldigd op de inkomsten die zijn betaald of toegekend op of na 1 januari van het jaar dat volgt op dat van de inwerkingtreding.

(3) Deze Aanvullende Overeenkomst zal van kracht blijven zolang de Overeenkomst zelf van kracht zal zijn.

Ten Blijke waarvan de ondergetekenden, daartoe behoorlijk gevolmachtigd, deze Aanvullende Overeenkomst hebben ondertekend.

Gedaan in tweevoud te Brussel, op 5 november 2002, in de Duitse, de Franse en de Nederlandse taal, zijnde de drie teksten gelijkelijk authentiek.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Voor de Bondsrepubliek Duitsland

P. Butler
Hans Eichel

Für das Königreich Belgien
Pour le Royaume de Belgique
Voor het Koninkrijk België

Reynders

Denkschrift zum Zusatzabkommen

I. Allgemeines

Das Doppelbesteuerungsabkommen mit Belgien vom 11. April 1967 enthält in Artikel 15 Abs. 3 Nr. 1 in Verbindung mit Nummer 11 des Schlussprotokolls zum Abkommen eine Grenzgängerregelung, wie sie seinerzeit mit den meisten Nachbarstaaten Deutschlands abgeschlossen wurde. Danach hat bei Arbeitnehmern, die in dem einen Staat ihre ständige Arbeitsstätte und in dem anderen Staat ihren ständigen Wohnsitz haben, an den sie arbeitstäglich zurückkehren (Grenzgänger), der Wohnsitzstaat das ausschließliche Besteuerungsrecht für die in dem anderen Staat erzielten Arbeitseinkünfte. Das Steuerniveau richtet sich dabei immer nach den Verhältnissen des Wohnsitzstaats. Dies führt in der Regel zu dem für den Steuerpflichtigen günstigsten Ergebnis, da der Wohnsitzstaat im Rahmen der unbeschränkten Steuerpflicht die persönlichen Verhältnisse des Steuerpflichtigen voll berücksichtigen kann. Dies war dem Tätigkeitsstaat im Rahmen der dort bestehenden beschränkten Steuerpflicht in der Vergangenheit nicht möglich.

Diese Situation hat sich nach der Neufassung des Einkommensteuergesetzes durch das Jahressteuergesetz 1996 vom 11. Oktober 1995 (BGBl. I S. 1250) als Folge der Rechtsprechung des EuGH im Fall Schumaker dahin gehend geändert, dass es zu einer Gleichstellung der beschränkt Steuerpflichtigen mit den unbeschränkt Steuerpflichtigen gekommen ist.

Inzwischen haben sich Ungleichgewichte dadurch ergeben, dass die Einkommensteuerbelastung in Belgien deutlich höher ist als in Deutschland. Gleichzeitig ist die Belastung mit Sozialversicherungsabgaben, die im Tätigkeitsstaat erhoben werden, in Deutschland höher als in Belgien. Dies hat bei den ganz überwiegend von Belgien nach Deutschland einpendelnden Grenzgängern zu einer erhöhten Gesamtabgabelast geführt, während im umgekehrten Fall die von Deutschland nach Belgien auspendelnden Grenzgänger sowohl den Vorteil der niedrigeren deutschen Steuer als auch der niedrigeren belgischen Sozialversicherungsabgaben haben.

Dieser Zustand wurde von den nach Deutschland einpendelnden Grenzgängern immer wieder beklagt und führte nach mehrjährigen Verhandlungen zwischen den Finanzministerien beider Staaten zu der jetzt vereinbarten Regelung, also der Besteuerung der Arbeitseinkünfte im Tätigkeitsstaat. Mit der Neuregelung wurde für beide Gruppen von Grenzgängern eine ausgewogene Lösung gefunden. Bei den von Belgien nach Deutschland einpendelnden Grenzgängern sinkt die einkommensteuerliche Belastung bei Bestehenbleiben der höheren Sozialversicherungsabgaben, während bei den von Deutschland nach Belgien auspendelnden Grenzgängern bei Bestehenbleiben der niedrigeren belgischen Sozialversicherungsabgaben die Belastung mit (belgischer) Einkommensteuer ansteigt.

II. Zu den einzelnen Artikeln des Zusatzabkommens

Zu Artikel 1

Durch diese Bestimmung wird die Grenzgängerregelung in Artikel 15 Abs. 3 Nr. 1 des Abkommens vom 11. April 1967 ersatzlos aufgehoben. Damit bestimmt sich das Besteuerungsrecht auch für die Arbeitseinkünfte von Arbeitnehmern, die in dem einen Staat arbeiten und in dem anderen Staat ihre ständige Wohnstätte haben, zu der sie regelmäßig zurückkehren, künftig nach der Grundregel in Artikel 15 Abs. 1 des Abkommens. Dies führt zum Besteuerungsrecht des Tätigkeitsstaats für die Arbeitseinkünfte der Grenzgänger.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung in Nummer 11 des Zusatzprotokolls zum Abkommen vom 11. April 1967, die die räumliche Ausdehnung der Grenzzone regelt, wird als Folge des Wegfalls der Grenzgängerregelung in Artikel 15 Abs. 3 Nr. 1 des Abkommens gestrichen. Gleichzeitig wird eine Neuregelung eingefügt, nach der die belgischen Gemeinden und Agglomerationen ungeachtet der in Artikel 23 Abs. 2 Nr. 1 des Abkommens vorgesehenen Freistellung der Arbeitseinkünfte von der belgischen Besteuerung berechtigt sind, eine Zusatzsteuer zur Einkommensteuer der in Belgien ansässigen und nach Deutschland auspendelnden Personen zu erheben.

Die ausschließliche Besteuerung im Tätigkeitsstaat Deutschland würde für zahlreiche belgische Gemeinden mit einem hohen Anteil an nach Deutschland auspendelnden Einwohnern (bis zu 50 Prozent) zu beträchtlichen Steuerausfällen führen, da diese Gemeinden sich zu einem Teil aus dem in Belgien üblichen so genannten „Gemeindeanteil“ (als ein bestimmter Prozentsatz der Einkommensteuer der Einwohner) finanzieren. Mit Zuteilung des Besteuerungsrechts für die Arbeitseinkünfte der Grenzgänger an Deutschland fällt dieser Gemeindeanteil zwangsläufig weg.

Die Zusatzsteuer wird in Belgien auf der Grundlage einer fiktiven Einkommensteuerfestsetzung berechnet und in Deutschland aus Vereinfachungsgründen pauschal mit einem Betrag in Höhe von 8 Prozent der in Deutschland auf die Arbeitseinkünfte entfallenden Steuer auf die deutsche Steuer angerechnet.

Zu Artikel 3

Durch den Wechsel des Besteuerungsrechts für die aus Deutschland stammenden Arbeitseinkünfte der in Belgien ansässigen Grenzgänger verliert Belgien auf Dauer Steuereinnahmen. Der Verlust wird nicht durch die Zuweisung des Besteuerungsrechts für die Arbeitseinkünfte der aus Deutschland nach Belgien pendelnden Grenzgänger ausgeglichen, da es sich hierbei nur um eine geringe Zahl von Personen handelt. Schätzungen haben einen Aufkommensverlust von jährlich ungefähr 18 Mio. Euro ergeben.

Dafür leistet Deutschland sechs Jahre lang entsprechende Ausgleichszahlungen. Damit wirkt sich der Wechsel des Besteuerungsrechts in den jeweiligen Haushalten erst nach Ablauf dieser sechs Jahre aus.

Zu Artikel 4

Deutschland hat es übernommen, das Zusatzabkommen nach seinem Inkrafttreten gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen dessen Sekretariat zur Registrierung mitzuteilen und Belgien nach Bestätigung durch die Vereinten Nationen hierüber zu unterrichten.

Zu Artikel 5

Das Zusatzabkommen bedarf zu seinem Inkrafttreten der förmlichen Ratifikation durch Austausch der Ratifikationsurkunden. Es wird dann anzuwenden sein auf Steuern auf Einkünfte, die ab dem 1. Januar des auf das Jahr des Inkrafttretens folgenden Jahres bezogen werden.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333